



HUMAN DIMENSION SEMINAR
The Role of Political Parties in the Political Process

Statement of Switzerland in the opening session

Herr Vorsitzender,

Die Schweiz dankt dem litauischen Vorsitz und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte für die zeitgerechte Themenauswahl und die ausgezeichnete Organisation dieses Seminars und heisst insbesondere auch alle Vertreterinnen und Vertreter aus den Kooperationsstaaten im Mittelmeerraum an diesem Seminar willkommen.

Wie die Ereignisse in dieser Staatengruppe, mit denen die OSZE privilegierte, institutionalisierte Beziehungen unterhält, in den letzten Monaten gezeigt haben, ist die Teilnahme an sozialen Bewegungen und an politischen Prozessen eine Forderung, welche die Bevölkerung zu bewegen vermag.

Wie uns eindrücklich vor Augen geführt wurde, können Meinungen auf der Strasse gebildet und auch durchgesetzt werden. Die von einer urbanen Mittelklasse-Jugend via Facebook und Twitter organisierten ersten Protestmärsche können sich zu Massendemonstrationen ausweiten, welche alle

Bevölkerungsschichten und Altersklassen umfassen und rasch der politischen Kontrolle entgleiten.

Ideen und Meinungen werden also nicht nur in Partei-, Verbands- und Vereinsforen von Anhängerinnen und Anhängern mit ähnlicher Gesinnung oder Interessen angestossen, gebildet und geäussert, sondern auch - und scheinbar zunehmend - in Online-Foren. Diesem Phänomen, das gemessen an den aktuellen Umwälzungen in gewissen Regionen der OSZE-Wertegemeinschaft an Bedeutung gewonnen hat, widmet sich auch die OSZE, nicht zuletzt im Rahmen der Arbeitsgruppe IV („E-Democracy“) vom kommenden Freitag. Das nächste SHDM am 7. und 8. Juli wird sich ebenfalls mit der Förderung des Pluralismus durch die Neuen Medien befassen, wie schon vor einigen Wochen das Human dimension committee. Zudem hat auch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte auf dieses aktuelle Phänomen reagiert, was sehr zu begrüßen ist.

Nach wie vor eine wichtige Brückenfunktion zwischen Bevölkerung und staatlichen Institutionen haben die politischen Parteien. Nach einer herkömmlichen Auffassung, welche auch die Schweiz vertritt, suchen Parteien Anhängerinnen und Anhänger, um auf die Willensbildung Einfluss zu nehmen. Im gegenseitigen Wettbewerb kommen den Parteien die folgenden Aufgaben zu:

1. Sie versuchen die Stimmen möglichst vieler Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, um im Sinn ihrer Anhängerschaft Einfluss auf die Machtverteilung und auf konkrete politische Entscheidungen zu nehmen. Der offene Parteienwettbewerb ist eine Grundvoraussetzung jeder Demokratie.
2. Sie repräsentieren die Werte und Interessen ihrer Anhängerschaft in allen politischen Belangen.
3. Sie mobilisieren Wählerinnen und Wähler durch die Bezugnahme auf ideologische Vorstellungen, über gesellschaftliche Programme sowie mittels konkreter Forderungen und Vorschläge in allen gesellschaftlichen Belangen.
4. Sie rekrutieren das Personal für ihre politischen Aktivitäten und organisieren mit der Selektion ihrer Kandidatinnen und Kandidaten die politischen Wahlen mit.

Die Schweiz hat ein bekanntes Regierungssystem mit weitgehend eigener Prägung. Sie gehört zur Gruppe der Länder mit der stärksten Fragmentierung des Parteiensystems. Es besteht eine hohe Zahl von Parteien mit geringen Stimmenanteilen. Die hohe Zahl ist umso erstaunlicher, als die Parteien - anders als in rein parlamentarischen oder präsidentialen Demokratien - keineswegs grosse Attraktivität beanspruchen können. Weil kein regelmässiger Wechsel zwischen Regierung und Opposition stattfindet, beschränkt sich der Parteienwettbewerb auf den Kampf um Sitze in den

verschiedenen Gremien und Behörden sowie auf die Einflussnahme in den politischen Entscheidungsabläufen. Die Parteien wirken hauptsächlich in den folgenden Bereichen mit:

- *Vernehmlassungsverfahren.* Dieses Verfahren bildet ein für die Schweiz bezeichnendes Instrument im politischen Entscheidungsprozess. Die Parteien wie auch die Verbände und Interessengruppen werden bei Gesetzgebungsvorhaben zur Stellungnahme eingeladen. Damit erhalten die Parteien frühzeitig die Möglichkeit, an der Quelle im politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken.
- *Volksbegehren.* Mit den Instrumenten der Volksinitiative und des Referendums können die Parteien wirkungsvoll das politische Geschehen gestalten und mitbestimmen. Mittels Volksinitiative greifen sie Themen und Forderungen auf und lancieren damit politische Auseinandersetzungen. Das Referendum dient den Parteien dazu, vom Parlament verabschiedete Gesetze und wichtige Beschlüsse zur Volksabstimmung zu bringen. Im Vorfeld der Volksabstimmungen fassen die Parteien im Rahmen der Delegiertenversammlungen die sogenannten Abstimmungsparolen. Mit diesen Orientierungshilfen für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können die Parteien den Abstimmungskampf stark beeinflussen – gerade im Fall von komplexen Sachfragen.

- *Zusammensetzung der Behörden.* Für die Gestaltung und für die Zusammensetzung des Parteiensystems ist der Wahlmodus von grosser Bedeutung. Im Gegensatz zum Majorzverfahren garantiert das Proporzverfahren insbesondere bei Parlamentswahlen nicht nur eine bessere Berücksichtigung der politischen Kräfteverhältnisse, sondern erhöht auch die Zugangschancen für kleinere Parteien. Damit fühlt sich ein breiteres Spektrum der Bevölkerung in den Behörden vertreten und kann sich besser mit deren Entscheidungen identifizieren.

Eine gewisse Herausforderung stellt nach wie vor die Frage der Transparenz der Parteienfinanzierung und der Offenlegung der Abstimmungskosten dar. In diesem Zusammenhang hat letzte Woche eine Delegation der Anti-Korruptions-Kommission GRECO des Europarats die Schweiz besucht. Ein entsprechender Bericht mit Empfehlungen wurde für Oktober angekündigt. Die Schweiz arbeitet auch eng mit dem ODIHR zusammen, mit dem Ziel, alle Commitments in diesem Bereich so bald wie möglich implementieren zu können. Zudem wurde das Thema unlängst erneut vom Parlament aufgenommen. Die Verwaltung wurde in diesem Zusammenhang beauftragt, Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass trotz des gesellschaftlichen Wandels, der soziale, wirtschaftliche und

politische Schwerpunkte verschiebt, neue Themen entstehen lässt und zusätzliche Foren der Meinungsbildung bietet, die Parteien nach wie vor zentrale Funktionen im politischen System erfüllen. Sie bleiben damit ein unabdingbares Bindeglied zwischen Bevölkerung und Staat.